

Verärgert über Landesvorgaben

RP 23.10.20

GROSSBUNDENBACH: Enttäuschung und Verständnis nach Kleinbundenbacher Votum

VON ANDREAS DANNER

Am Dienstag beschloss der Gemeinderat Kleinbundenbach, einen eigenen Kindergarten zu bauen. Das würde das Aus für die gemeinsame Kindertagesstätte Bundenbach in Großbundenbach bedeuten.

„Ich bin traurig, dass durch diesen Beschluss der gemeinsame Kindergarten aufgegeben wird“, sagte Großbundenbachs Bürgermeister Dieter Glahn. „Wir wären bereit gewesen zu investieren, weil wir besprochen hatten, dass wir zusammenbleiben.“ Glahn räumte ein, dass ihn die Entscheidung überrascht habe. Er sieht, dass 1,7 bis 1,8 Millionen Euro eine enorme Summe für zwei kleine Gemeinden ist und zeigt Verständnis für die Kleinbundenbacher, die es kostengünstiger wollen: „Ich zolle ihnen Respekt. Diese Entscheidung, die sehr konsequent war, ist ihnen bestimmt nicht leichtgefallen. Sie lässt aber viele enttäuscht zurück.“

Derzeit besuchen 35 Kinder den Kindergarten in Großbundenbach, am Behelfsstandort im Dorfgemein-

schaftshaus Kleinbundenbach stehen 25 Plätze zur Verfügung. Der Betriebslauf reibungslos, das liege am hervorragend arbeitenden Personal und der kompetenten Leitung, betonte Glahn. Seit Beginn der Corona-Pandemie habe das Team Enormes geleistet.

Dass es in nur einem Kilometer Entfernung bald zwei Kindergärten geben könnte, liege an den neuen rechtlichen Vorgaben des Landes. Anfang der 90er Jahre hätten schon einmal 50 Kinder die Tagesstätte in Großbundenbach besucht. Heute sei dies nicht mehr möglich. „Die Standards und die Rahmenbedingungen haben sich stark verändert“, erklärte Glahn. Kleine Kommunen müssten sich völlig verschulden, um diesen zu genügen. Er sei verärgert über das Land, das in den vergangenen zweieinhalb Jahren, seit die Erweiterung diskutiert wurde, manches Zugeständnis verweigert und Informatio-



Dieter Glahn

ARCHIVFOTO: MOSCHEL

nen viel zu spät geliefert habe. Ob Kleinbundenbach wirklich einen eigenen Weg geht, steht für Glahn noch nicht fest. „Da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen“, sagte er und denkt an die lange Planungs- und Genehmigungsphase. „Mein größter Wunsch ist, dass wir zusammenbleiben“, ergänzte er mit Blick auf die 30 Jahre lange Zweckgemeinschaft.

Die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land wollte am gestrigen Donnerstag in einer Infoveranstaltung mit dem Gemeinde- und Städtebund das Thema aufgreifen. Corona bedingt wurde sie abgesagt. Verbandsbürgermeister Björn Bernhard erklärte auf Nachfrage, es gebe in Zweibrücken-Land Überlegungen, kommunale Kindergärten in die Trägerschaft der Verbandsgemeinde oder eines Zweckverbandes zu übernehmen: „Wir wollen, dass sich die Gemeinden so lange wie möglich selbst verwalten.“ Das neue rheinland-pfälzische Kita-Zukunftsgesetz, das ab Juli 2021 gilt, stelle hohe Anforderungen an die Träger und bringe Aufgaben mit sich, die von ehrenamtlichen Bürgermeistern kaum noch zu leisten seien.